

Peter Wahl

Kurs auf linke Mehrheit in der Gesellschaft

Zum Verhältnis von außerparlamentarischer Bewegung und Partei(en) nach der Bundestagswahl

Viele Linke haben noch Schwierigkeiten, die mit der Bundestagswahl zur Kenntlichkeit gekommene historische Konstellation in ihrer ganzen Tragweite zu fassen. Seit 20 Jahren sind wir regelrecht darauf konditioniert, die *neoliberale Konterrevolution* (Altvater) in einer Mischung aus Realismus, Zynismus und Resignation als unaufhaltsamen Triumphzug wahrzunehmen. Daher fällt es jetzt manchen schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, nicht mehr in der Defensive oder gar marginalisiert zu sein, während auf der Gegenseite soviel Krise ist wie selten zuvor in der Nachkriegsgeschichte.

Ein fast optimales Wahlergebnis

Aus der Perspektive emanzipatorischer Politik war das Wahlergebnis fast optimal. Die Union verspielte mit ihrem knallhart neoliberalen Programm den sicher geglaubten Sieg und kommt gerade mal noch auf 35,2%. Selbst die CSU erreicht mit 49,3% ein für bayrische Verhältnisse schlechtes Ergebnis. Bei der Landtagswahl 2003 waren es 60,7%. Die SPD wurde schon lange vor der Bundestagswahl für die Agenda 2010 abgestraft. Bei der Europawahl im Juni 2004 verliert sie 11 Mio. Stimmen. In Thüringen bekommt sie das zweitschlechteste Ergebnis der Parteigeschichte. In Sachsen stürzt sie in den einstelligen Bereich, knapp vor der NPD. In Schleswig Holstein übernimmt die CDU die Führung. In NRW schließlich kommt der Tiefpunkt mit dem schlechtesten Ergebnis seit 1954, das Schröder mit der vorgezogenen Wahl zur Flucht nach vorne bewegt. Mit sozialer Rhetorik – z.B. Steuern für die Reichen – holte die SPD wieder etwas auf und kommt noch auf 34,2%. Im

Vergleich zu 2002 verliert sie dennoch 2,3 Mio. Stimmen und 4,2 Prozent. Im Verhältnis zu 1998, als Kohl abgelöst wurde, beträgt das Minus sogar 4 Mio. Stimmen (-6,6%).

Das spektakulärste und eigentlich historische Ergebnis dieser Wahl ist der Erfolg der Linkspartei. Sie schaffte es aus dem Stand auf 8,7% und überholt die Grünen um 0,6%. Psychologisch ist das für beide wichtiger als der zahlenmäßig kleine Abstand vermuten lässt. Ansonsten blieben die Grünen relativ stabil. Allerdings werden die Oppositionsbänke für sie besonders hart. Es wird nicht nur der Regierungsbonus und Joschka Fischer mit seiner Beliebtheit als Außenminister fehlen. Vor allem muss sich die Ökopartei gegenüber der Mitopposition der FDP abgrenzen. Es wird zu heftigen Spannungen zwischen den Befürwortern von Schwarz-Grün und den Anhängern einer Mehrheit links der Mitte kommen. Andererseits hat die Partei durchaus eine Zukunft, wenn die rasant zunehmende Dramatik der globalen ökologischen und Energiekrise wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein dringen sollte. Ereignisse wie der Hurrikan in New Orleans und der irreversible Anstieg der Benzinpreise sind gute Voraussetzungen dazu. Das Ergebnis der FDP – 40% davon sind Leihstimmen aus dem CDU Milieu – reflektiert die Tatsache, dass es auch Gewinner der neoliberalen Globalisierung gibt, oder solche die sich dafür halten bzw. hoffen einmal dazu zu gehören. Nach den alarmierenden Wahlergebnissen der Rechten in den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und dem Saarland bleiben die NPD mit bundesweit 1,6%

und die Republikaner mit 0,6% sehr deutlich unter der 5-Prozent-Hürde. Das ist kein Grund zur Sorglosigkeit gegenüber den Neonazis, zumal sie in einigen Regionen im Osten weit über dem Durchschnitt abgeschnitten haben. Dennoch hat die soziale Krisensituation nicht zu dem befürchteten Zulauf nach rechts geführt.

Das neoliberale Projekt in der Akzeptanzkrise

Die zentrale Botschaft des Wahlergebnisses lautet: der Souverän insistiert auf dem Sozialstaat und auf sozialer Gerechtigkeit. Marktkapitalismus pur ist mit der Mehrheit der Bevölkerung nicht zu machen. Das neoliberale Projekt steckt nun auch hierzulande weithin sichtbar in einer Akzeptanzkrise. In allen Lagern dämmert, dass das neoliberale Projekt irgendwann zum Auslaufmodell werden könnte.

Sicher, Akzeptanzkrise heißt noch nicht Funktionskrise, und ein Politikwechsel ist damit noch nicht erreicht. Aber das, was aus Sicht des Mainstreams als „Lähmung“ und „Blockade“ oder „Unübersichtlichkeit“ bezeichnet wird, ist tatsächlich Ausdruck eines Verlusts an Dynamik des Neoliberalismus und signalisiert eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Gegenkräfte.

Das Ergebnis ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass im letzten Bundestag eine de facto Allparteienkoalition und die Medien mit wenigen Ausnahmen ein propagandistisches Trommelfeuer für die neoliberalen „Reformen“ in Gang gesetzt hatten. Zudem scheint es sich nicht um eine deutsche Sonderentwicklung zu handeln. Das Referendum zur EU-Verfassung in Frankreich und Holland signalisiert den gleichen Trend. Von den 6,5 Mio. Anhängern der sozialistischen Partei aus der letzten Wahl zur Nationalversammlung stimmte eine Mehrheit von 3,5 Millionen gegen die Verfassung. Also auch hier die Krise der New Labour Variante der Sozialdemokratie. Bei den Grünen war der Anteil des NON übrigens noch höher.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass auch beim Verfassungsreferendum in

Frankreich das Ergebnis gegen die Medien erreicht wurde. So waren 60% der Beiträge in den elektronischen Medien pro und 40% contra Verfassung, während das Ergebnis fast umgekehrt ausfiel.

Die strategischen Dilemmata der Volksparteien

Das schlechte Abschneiden der beiden Volksparteien – zum ersten mal erhielten sie zusammen weniger als 70% – scheint keine vorübergehende Ausnahme zu sein, sondern reflektiert jeweils ein grundlegendes strategisches Dilemma. So konnte die Union in den zurückliegenden Landtagswahlen nur dank des Zulaufs enttäuschter SPD-Wähler aus dem Arbeitermilieu Zuwächse erzielen. Wenn CDU-Chef Rüttgers nach seinem Wahlsieg in NRW feststellte, die CDU sei jetzt eine Arbeiterpartei, dann war dies kein Scherz. Allerdings ist sie dabei, diese Klientel durch ihren unsozialen Kurs wieder zu verlieren. Da die traditionellen Unions-Milieus erodieren, würde sie so auf lange Sicht strukturell mehrheitsunfähig, es sei denn sie vertritt stärker Arbeitnehmerinteressen.

Dass die Krise der Sozialdemokratie, besser gesagt: ihrer New Labour Variante, inzwischen historische Dimensionen annimmt, wird nicht nur an Wahlergebnissen sichtbar. Seit 1990 hat die SPD 200.000 Mitglieder verloren. Der autokratische Führungsstil Schröders hat jede programmatische Innovation und die Entwicklung einer emanzipatorischen Antwort auf das neoliberale Projekt erstickt. Im über 100 Jahre alten Bündnis mit den Gewerkschaften nimmt die Entfremdung zwischen den Partnern unaufhörlich zu. Mit dem Entstehen der Linkspartei, zu einem beträchtlichen Teil aus enttäuschten Gewerkschaftern und Sozialdemokraten hervorgegangen, ist nun am linken Rand eine Konkurrenz entstanden, die eine permanente Zerreißprobe für die SPD bedeutet. Dies gilt erst recht für den Fall einer Großen Koalition. Setzt sie in der Regierung den neoliberalen Kurs fort, schrumpft ihre Basis weiter. Insgesamt haben wir es also mit einer Si-

tuation zu tun, in der das Parteiensystem instabiler wird, der herrschende Block zu erodieren beginnt, und die Krisenwirkungen des globalisierten Kapitalismus zu einer offeneren historischen Situation führen. Das gilt auch für die Stabilität von Regierungen. Ob eine große Koalition unter diesen Bedingungen tatsächlich eine volle Legislaturperiode übersteht ist ungewiss. Die Chancen für emanzipatorische Politik sind größer geworden, eine Dynamik nach links ist möglich. Es öffnet sich ein „*window of opportunity*“. Solche historischen Fenster pflegen sich nach einer gewissen Zeit wieder zu schließen, wenn sie nicht wahrgenommen und aktiv aufgestoßen werden.

Außerparlamentarische Bewegung und Wahlen

Die Verschiebung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse ist nicht nur, aber doch in beträchtlichem Maße auch Resultat des Aufschwungs sozialer Bewegung in den letzten Jahren. Die Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung an der Schwelle des 21. Jahrhunderts hat zur Veränderung des Meinungsklimas im Lande beigetragen. Attac und anderen gelang es, die Parole „*Eine andere Welt ist möglich*“ populär zu machen und so das Dogma der Alternativlosigkeit neoliberaler Politik erfolgreich in Frage zu stellen. Die Protestbewegung gegen den Abbau des Sozialstaates und Hartz IV hatte 2004 ein Ausmaß und eine Intensität erreicht, wie man es lange zuvor nicht mehr erlebt hatte. Dabei war es zumindest vorübergehend auch zu neuen Allianzen im emanzipatorischen Spektrum der Gesellschaft, so zwischen globalisierungskritischer Bewegung, Gewerkschaften, Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen, Sozialverbände, kirchlichen Milieus gekommen. Höhepunkte waren die großen Demonstrationen am 3. April und die Montagsdemonstrationen in den neuen Bundesländern im Sommer 2004. Zu beobachten ist auch eine zunehmende – wenn auch noch nicht ausreichende – Europäisierung

bzw. Internationalisierung des Widerstandes gegen den Neoliberalismus, etwa im Falle des Dienstleistungsabkommens GATS in der WTO, die Bolkesteinrichtlinie der EU, aber auch im Weltsozialforum und den europäischen Sozialforen.

Die sozialen Bewegungen haben also einen beachtlichen Anteil an der Veränderung der Kräfteverhältnisse und dem Zustandekommen der neuen Konstellation. Damit haben sie auch bis zu einem gewissen Grade zum Entstehen der Linkspartei und deren Wahlerfolg beigetragen. Das gilt unabhängig davon, ob einzelne Strömungen und Akteure in den Bewegungen die Linkspartei ablehnen, mit ihr sympathisieren oder in kritischer Solidarität zu ihr stehen.

Auch wenn die direkte Verbindung zwischen den sozialen Bewegungen weder personell, kulturell noch programmatisch so eng sind, wie dies bei der Entstehung der Grünen aus der Umweltbewegung der Fall war, so gibt es bisher eine objektive Interessenkonvergenz dadurch, dass die Linkspartei:

- schon vor ihrem Einzug in den Bundestag dazu beigetragen hat, die diskursiven Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zu verschieben,
- das Monopol neoliberaler Ideologie im Bundestag bricht,
- die Krise der New Labour-SPD verschärft,
- die Spielräume für die Restlinke bei den Grünen und der SPD erweitert.

Andererseits besteht auch das Risiko, dass als Nebenwirkung des parlamentarischen Erfolges der Linkspartei die außerparlamentarische Bewegung geschwächt wird. Dies wäre dadurch denkbar, dass:

- Personal in nennenswertem Umfang aus der Bewegung in Partei- und Parlamentsarbeit absorbiert wird, vor allem wenn die Linkspartei flächendeckend in die Landes- und Kommunalparlamente einziehen sollte,
- die Medien ihre dramaturgischen Bedürfnisse nach Pro und Contra jetzt vor allem bei der Linkspartei befriedigen,
- in der Bewegung die Illusion um sich

greift, ihre historische Schuldigkeit getan zu haben und alles weitere der Linkspartei überlassen zu können.

Ob aus dem Risiko, d.h. der potentiellen Gefährdung, ein akutes Problem wird, ist gegenwärtig nicht seriös vorauszusagen, zumal hier keine Automatismen am Werk sind. Vielmehr wird es vom Verhalten der Akteure selbst, und hier in erster Linie von den sozialen Bewegungen selbst abhängen, ob die Chancen oder Risiken, die in der neuen Konstellation liegen, zum Tragen kommen.

Die Zukunft der Linkspartei

Selbstverständlich ist im weiteren Prozess die Linkspartei eine wichtige Größe. Deren Entwicklung wird starke Rückwirkungen auf die Zukunft der Linken insgesamt haben.

Dabei ist die Zukunft der Linkspartei offen. Die Kandidatur für die Bundestagswahlen war eine Sturzgeburt. Vieles musste unter Zeitdruck und vorgegebenen Zwängen u.a. des Wahlrechts zurechtgezimmert werden. Vorerst existiert auch nur die Bundestagsfraktion. Die Vereinigung zur Partei aus PDS und WASG steht noch bevor, mit allem Drum und Dran an programmatischen Auseinandersetzungen, Debatten um die strategische Orientierung, personellen Entscheidungen usw. Über alledem lastet die Asymmetrie der politischen und kulturellen Differenzen zwischen Ost- und West.

An der Spitze des Projekts stehen mit Gysi und Lafontaine zwei prominente und höchst medienwirksame Männer. Als Zugpferde in Wahlen sind sie vorerst wohl unverzichtbar. Andererseits werden diese politischen Schwergewichte die Zukunft der Linkspartei stark mitprägen. Ob sich das positiv auswirkt, wird sich zeigen.

Eine weitere wichtige Determinante, die die Zukunft der neuen Partei stark beeinflussen wird, ist ihre Wählerbasis. Hier dominieren die Verlierer der Globalisierung, 23% der Arbeitslosen haben die Linkspartei gewählt, Arbeiter, mehr Männer als Frauen, von der Alterskohorte her die 45-59-Jährigen. Ob es damit in

Richtung einer SPD Willy Brandtscher Prägung geht, wie Lafontaine dies kürzlich als seine Vision formulierte, ob eine moderne Linkspartei etwa nach dem Modell der Rifondazione Comunista in Italien dabei herauskommt, oder etwas ganz anderes, ist gegenwärtig Spekulation.

Auf alle Fälle aber folgt daraus, dass sich für außerparlamentarische Bewegungen in dieser noch unabgeschlossenen Formierungsphase der neuen Partei Einwirkungsmöglichkeiten ergeben. Bei einigen Kräften der Linkspartei gibt es eine Offenheit, Impulse aus den sozialen Bewegungen aufzunehmen, wie bei keiner anderen Partei. Dabei kam es zu ersten Erfolgen bereits vor der Wahl: nachdem Lafontaine bei einem Wahlkampfauftritt in Dresden eine rechtspopulistische Bemerkung über „*polnische Klemmner*“ und „*deutsche Familienväter*“ gemacht hatte, gab es aus der Linken starken Druck, der die Rede des Spitzenkandidaten kritisierte. Lafontaine zog dann später diesen Teil seiner Rede zurück. Ob dies einem tatsächlichen Gesinnungswandel entsprach, sei dahingestellt. Auf alle Fälle zeigt der Vorgang, dass die neue Partei durchaus druckempfindlich ist. Es wäre ein Fehler, ihre zukünftige Entwicklung eindeutig vorgezeichnet zu sehen. Überraschungen – in jede Richtung – sind möglich. So waren auch viele Linke nach der Ankündigung von Neuwahlen der Meinung, dass es nicht möglich sei in der Kürze der Zeit eine Kandidatur der damals noch nicht existierenden Linkspartei zustande zu bringen. Sie haben sich darin ebenso geirrt wie Schröder, dessen Coup der vorgezogenen Wahlen u.a. die Funktion hatte, Lafontaine den Weg zu einem Come-back zu versperren.

Ohne Bewegungen kein Politikwechsel

Außerparlamentarische Bewegung wird mit dem Einzug der Linkspartei in den Bundestag also keineswegs überflüssig. Im Gegenteil, die Geschichte wimmelt von Beispielen, in denen Parteien als

progressive Tiger gesprungen und als angepasste Bettvorleger gelandet sind. Die Grünen liefern dazu das jüngste Anschauungsmaterial. Daher sind auch die Erwartungen an die Linkspartei von vorneherein auf ein realistisches Niveau anzusetzen.

Andererseits muss es nicht zwangsläufig zur Anpassung kommen. Ein wichtiger Faktor, Parteien mit emanzipatorischen Ansätzen davor zu bewahren, den parlamentarischen Zwängen zu erliegen, sind starke und unabhängige soziale Bewegungen. Wenn außerhalb des Parlaments emanzipatorische Politik stark ist, dann ist das gut für die Widerstandsfähigkeit emanzipatorischer Kräfte innerhalb des Parlaments. Der Druck von unten, soziale Bewegungen als Quelle von sozialer Phantasie, Innovation, als Laboratorien alternativen Denkens, Handelns und Lebens schaffen gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnisse, die dann auch im Parlament Spielräume eröffnen. Nur durch eine Verankerung in den Räumen der sozialen Bewegung können Parlamentarier als einzelne und Parteien als ganze auf Dauer Widerständigkeit im offiziellen politischen System gewinnen und diese auf lange Zeit halten. Nur so können Bürokratisierung und Opportunismus zurückgedrängt werden.

Unabhängigkeit der außerparlamentarischen Akteure heißt nicht, dass diese ignorieren könnten, was im Parlament geschieht. Sowohl Berührungsängste und Abgrenzungsmanie als auch Vereinnahmung oder Führungsansprüche des einen gegenüber dem anderen führen in die Sackgasse. Auch soziale Bewegungen haben Schwächen. Ihre Ferne zu konkreten Entscheidungsprozessen, ihre inhaltliche und institutionelle Unverbindlichkeit und ihre Konjunkturschwankungen setzen ihrer Wirkung auch Grenzen. Aber es ist wichtig, wenn sie Druck auf Parteien organisieren, sie mit Alternativen fordern, mit ihnen in Dialog treten und gegebenenfalls auch Impulse aus dem parlamentarischen Raum aufnehmen.

Dabei ist den unterschiedlichen Logiken von parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik Rechnung zu tragen.

Partei und Bewegung folgen unterschiedlichen Gesetzen. Diese Lektion gilt es aus dem Verhältnis zwischen Grünen und Umwelt-/Friedensbewegung zu ziehen. Das Parteiprojekt der Grünen verstand sich als der parlamentarische Arm der neuen sozialen Bewegungen. Man sprach von der Bewegung als dem *Standbein* und von Partei und Fraktion als dem *Spielbein*. Mit anderen Worten, Partei und Bewegung wurden wie ein *Körper*, d.h. als Einheit gedacht, der über unterschiedliche Organe verfügte, die in einer Art Arbeitsteilung unterschiedliche Funktionen erfüllen sollten.

Die Linkspartei aber ist weder die Partei der Bewegung, auch wenn sie auf deren Erfolge der vergangenen Jahren aufbaut, noch ist die Bewegung der außerparlamentarische Arm der Partei.

Die Linke links der Mitte

Andererseits liegt es im Interesse der Gesamtlinken, dass sich das Potenzial der sozialen Bewegungen und der parlamentarischen Arbeit gegenseitig so verstärken, dass aus der rein wahlarithmetischen linken Mehrheit eine tatsächliche politische, in der Gesellschaft verankerte Mehrheit entsteht. Das ist die zentrale strategische Herausforderung, sowohl für linke Parteipolitik als auch für soziale Bewegungen.

Das hat aber auch zur Konsequenz, sich nicht exklusiv auf die Linkspartei zu beziehen, selbst wenn die programmatischen und politischen Schnittmengen hier gegenwärtig am größten sind. Auf absehbare Zeit wird ein Politikwechsel in diesem Land ohne die Einbeziehung der SPD nicht möglich sein. Daher gilt es, einen Kurswechsel in der SPD zu fördern. Auch die ökologische Kompetenz der Grünen und ihre soziale Basis, die „postmaterialistisch“ orientierten, akademischen Mittelschichten werden für einen Politikwechsel nach links gebraucht.

All das schließt selbstverständlich ein, auch Differenzen offen zu benennen, Kritik zu üben und gegebenenfalls auch einmal getrennte Wege zu gehen.